

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich stärken – Mehr Informationen zugänglich machen**

Gammelfleisch, Vogelgrippe und Schweinepest erschüttern in den letzten Wochen das Vertrauen der Verbraucher in gesunde Lebensmittel. Es besteht große Unsicherheit darüber, ob das, was täglich auf dem Tisch landet, auch tatsächlich einwandfrei und verträglich ist. Es besteht also ein großer Bedarf an Informationen über Lebensmittel und deren Produktionsverfahren. Gefordert ist daher eine Verbraucherpolitik, die dem Bedürfnis der Menschen nach gesunder Ernährung Rechnung trägt.

Am 6. März 2006 ist der Entwurf eines Verbraucherschutzinformationsgesetzes auf Bundesebene vorgelegt worden. Mit diesem Entwurf ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbesserter Verbraucherinformation und Markttransparenz erfolgt. Vorgesehen ist, die Öffentlichkeit besser als bisher in kritischen Situationen zu informieren. So sollen in Zukunft Produkt und Hersteller genannt werden, wenn Gesundheitsgefahren bestehen oder z. B. ekelerregende Lebensmittel in Verkehr gebracht werden. Außerdem sollen die Verbraucher mit einem Zugangsrecht zu behördlichen Informationen ein bundesweit einheitliches Auskunftsrecht erhalten. Nachdem auch die zuständigen Landesminister sich für diesen Gesetzentwurf ausgesprochen haben, muss dieser nun zügig auf den Weg gebracht werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine zügige Beschlussfassung über das vorgelegte Verbraucherinformationsgesetz einzusetzen.
2. Der Senat wird ferner aufgefordert, die Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. September 2006 in einem Bericht über seine Aktivitäten in der Verbraucherschutzpolitik zu informieren und dabei insbesondere folgende Aspekte aufzugreifen:
 - die Maßnahmen des Senats im Rahmen des so genannten Fleischskandals zum Schutz der Bevölkerung vor minderwertigem bzw. gesundheitsgefährdendem Fleisch,
 - die Qualitätssicherungsmaßnahmen bei der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung,
 - die Überwachung der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln nach Herkunft, Qualität, Inhaltsstoffen und gentechnischen Veränderungen,
 - die Kommunikation und Kooperation mit den zuständigen Stellen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung und -kontrolle,
 - die Zusammenarbeit mit Niedersachsen und anderen deutschen Küstenländern im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes,
 - die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Land Bremen vor gesundheitlichen Risiken durch Tierseuchen, wie z. B. die Vogelgrippe und

- eine Bewertung der geltenden bundesrechtlichen Sanktionen bei Verstößen gegen lebensmittelrechtliche und futtermittelrechtliche Bestimmungen,
- eine Prognose über den Mehraufwand durch die neue Bundesgesetzgebung für das Land Bremen.

Frank Imhoff, Dieter Focke, Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Winfried Brumma,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD